

**Zu TOP 3 Antrag des Trägers Helios Klinikum Bad Saarow zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Filius" in Bad Saarow in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 029/2016**

Frau Krüger stellt die Beschlussvorlage vor.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Kindertagesstätte „Filius“ in Bad Saarow in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.09.2016

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen und einstimmig bestätigt. Der UA JHPL empfiehlt dem JHA die Beschlussvorlage an den KT weiterzuleiten.

Zu TOP 4 Information zu aktuellen Planungsprozessen - Angebote für Kinder im Grundschulalter, Suchtprävention, Eltern-Kind-Zentren

Herr Isermeyer erklärt, dass es sich lediglich um Zwischenstandinformationen handelt.

Angebote für Kinder im Grundschulalter

Herr Saupe erklärt, dass es das Ziel sei, Sozialarbeit an Grundschulen im Landkreis Oder-Spree zu verorten. Dabei sollen Bedarfe ermittelt werden. Es habe immer lauter werdende Rufe nach Unterstützung durch Grundschulleiter bzw. Kommunen gegeben. Dies liege auch daran, dass die Altersgruppe der 6-12 jährigen immer anspruchsvoller in Ihrem Verhalten würden, was sich auch im Hort deutlich zeige.

Es gab zu diesem Thema zwei ganztägige Workshops mit Grundschulleitern, Hortleitern, Lehrern, Kollegen der Kinder- und Jugendarbeit und Grundschulsozialarbeitern. Die beteiligten haben sich im ersten Workshop zu den konkreten Bedarfen auseinander gesetzt und Ideen entwickelt, wie entsprechende bedarfsgerechte Angebote beschaffen sein sollten. Diese Ideen wurden nach dem Workshop durch die Verwaltung des Jugendamtes zusammengeführt. Daraus ist ein Vorschlag entwickelt worden für ein konkretes Angebot für Kinder im Grundschulalter und ihre Familien. Dieses Angebot wurde den oben genannten Experten im zweiten Workshop am 14.04. vorgestellt und diskutiert.

Modell



Kriterien an Regionen

- ✓ gemeins. Interesse
- ✓ Zusage Kommune Geld
- ✓ P-Träger
- ✓ geeigneter Ort (s. Struktur @)
- ✓ Schwerpunkt Familien-Arbeit

JH-Träger Hort-GrSchule

Ziele & Leistungen

- konkrete Hilfen für Ki & Elt. in Sozialraum
- Helfende versch. Professionen im Netzwerk

Leistung



Kinder Angebote sozialer Kompetenzen

Eltern indiv. Hilfen zu Lebensgestaltung & Erziehung

Sozialpäd. Freizeitpäd. m. Kindern

Schule/Hort/Jugendhilfe

- Moderation Arbeitstreffen
- Beratung Fachkräfte
- Nutzung Ress. SozRaum

Sozialraum

SozRaum? Wieviele 6-12-Jährige?

500 Ki 6-12 $\hat{=}$ 32 Std. Stelle

Ki-Zahl +/- Stelle +/-

Zusammen Schlüsse

2016 P-Planung für Modell-Vorhaben

Finanzierung

je SozRaum 32 Std. 511 TVöD SVE +20% Sachk

- kleinere Soz Räume anteilig
- 40% Kommune

P-Träger

- Je Sozialraum Mitglied AG/VAG 78
- Erfahrungen Fam.-Arbeit §§ 16a, 17 SGB VIII Netzwerkarbeit LOS Arb. m. Hort & GrSch LOS

Struktur-Q/Rahmen

P-Leitung $\hat{=}$ sozpäd. Fachkraft

Träger = fachl. Anleitung = Mitbestimmungs-Gremien

Zusammenarbeit mit Jugend AMT

60% LOS Personal- & Sach- 40% Kommune

Elki Ziel

P-Konzept mit Hort & GrSch gemeinsam Nutzung von Ressourcen in Kommune

Suchtprävention

Herr Isermeyer informiert, dass das Ausschreibungsverfahren für die Stelle derzeit laufe und es eine interessante Bewerberin gäbe, ein Name werde aber noch nicht genannt.

Der neue Kollege oder die neue Kollegin solle sich nach ihrer Einstellung die Situation vor Ort anschauen und Vorschläge für ein kreisliches Konzept zur Suchtprävention entwickeln. Sie sei dabei erstmal frei in der fachlichen Ausgestaltung und in der Definition von Schwerpunkten.

Eltern-Kind-Zentren

Frau Krüger erläutert, weshalb die Beschlussvorlage nicht übersandt worden sei.

Die Beschlussvorlage sei der Verwaltungskonferenz eingereicht worden, aber von dieser nicht bestätigt. Es gab einen Auftrag an die Verwaltung des Jugendamtes, die konkreten Bedarfe genauer darzustellen. Im Rahmen der angespannten Haushaltssituation gäbe es kaum Spielräume für die Installation weiterer Angebote der Jugendhilfe. Würde man die Beschlussvorlage wie vorliegend beschließen, hätte dies eine Erhöhung der jährlichen Fehlbeträge zur Folge. Die Daten werden durch die Verwaltung des Jugendamtes aufgearbeitet und werden erneut der Verwaltungskonferenz zur Entscheidung vorgelegt.

Zu TOP 5 Sozialarbeit an Schule

Herr Isermeyer führt ein, dass im Rahmen der Planung der Ausschüsse durch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gewünscht worden sei, im Jugendhilfeausschuss über Sozialarbeit an Schule zu debattieren. Im Rahmen der Planung der Ausschüsse wurde dazu keine konkrete Fragestellung formuliert. Mit Blick auf die in den letzten Ausschüssen erfolgten Debatten zum Jugendförderplan und zur Erweiterung des Personalstellenprogramms (7 neue Sozialarbeiter an Schulen) ist der Verwaltung nicht klar, ob es noch weiterhin einen Bedarf der Abgeordneten gibt, sich zu Sozialarbeit an Schule auszutauschen. Die Verwaltung des Jugendamtes hat nun entschieden hat, im heutigen Unterausschuss darüber zu beraten, ob und unter welcher Fragestellung sich der Jugendhilfeausschuss mit Sozialarbeit an Schule zu befassen habe. Es erfolgte eine lebhafte Debatte zu möglichen Themen:

- „Sozialarbeit an Grundschulen“
- Klausur zur Weiterentwicklung der Sozialarbeit an Schulen
- **Etc? was waren denn das noch für weitere Themen?**

Die Verwaltung des Jugendamtes machte deutlich, dass es aus Sicht der Verwaltung aktuell keinen konkreten Klärungsbedarf gebe. Das Thema „Sozialarbeit an Grundschulen“ sei im Prozess „Angebote für Kinder im Grundschulalter“ verankert und für die Durchführung einer allgemeinen Klausur fehlen – auch mit Blick auf die aktuell geplante Klausur des Jugendhilfeausschusses – die konkreten Themen und die zeitlichen Ressourcen.

Die Kreistagsabgeordneten konnten sich nicht darauf verständigen, ob und unter welcher Fragestellung eine fachliche Auseinandersetzung zu Sozialarbeit an Schule aktuell erforderlich sei.

Es wurde entschieden, den Tagesordnungspunkt aus der Ausschussplanung zu streichen.

Zu TOP 6 Information aus den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Fürstenwalde

In Fürstenwalde sei es die 2. Sitzung in 2016 gewesen. Frau Kleinert habe das Kinderschutzmonitoring vorgestellt. Es gäbe Bedarfe der Altersgruppe 12-18 Jahre. Es müsse geguckt werden, welche Angebote vorhanden seien. Es sollten Vereine einbezogen werden um weitere Bedarfe festzustellen und Empfehlungen auszusprechen.

In Fürstenwalde gäbe es Einwohner, die sich über die Nutzung von Gemeinschaftsplätzen durch Flüchtlinge beschwerten. Die Frage sei hier, ob es ein Problem der Jugendhilfe wäre oder es sich um Erwachsene handele.

Erkner

Es würden keine Beschlüsse in der Arbeitsgemeinschaft gefasst. Es gäbe 2 – 3 große AG-Termine und 4-5 UAG-Termine bei denen man sich austausche. Die Protokolle seien dem Jugendamt (**oder Jugendhilfeausschuss??**) zugänglich.

Eisenhüttenstadt

Es habe jeweils am 05.04.2016 und am 26.05.2016 eine Sitzung gegeben. In den Planungsräumen Beeskow und Eisenhüttenstadt gäbe es eine vermehrte Anzahl von Projektstellen mit einer 1 zu 1 oder 1 zu 2 Betreuung. Diese Kinder kämen nicht selten in den Kinder-Jugend-Notdienst, da es spontane Abbrüche in der Betreuung gebe, und würden die Kapazitäten sprengen. Auch gäbe es in diesem Zusammenhang nicht genügend Schulplätze. Diese Projektstellen würden durch Großstädte, auch in westlichen Bundesländern, belegt mit schwierigsten Kindern und es entstehe der Eindruck, dass die Projektstellen dies nicht immer adäquat handeln können. Es gäbe den Wunsch nach weniger Projektstellen.

Herr Isermeyer erklärt hierzu, dass es derzeit keine Handlungsoptionen für das Jugendamt gäbe, da es für stationäre Einrichtungen das Niederlassungsrecht gibt. Die konkrete Betriebserlaubnis wird dann durch das MBSJ erteilt. Der Landkreis ist in diesem Verfahren nur beteiligt.

Frau Karkowsky teilt mit, dass die Daten über die Anzahl der Projektstellen durch das MBSJ aufbereitet würden.

Frau Zickerow-Grund bittet darum diese dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

Frau Krapp berichtet aus der UAG Kita über Probleme bezüglich der Mittagsversorgung von Flüchtlingskindern. Die Essenanbieter würden eine Kautionskaution verlangen, die Kita dürfe kein Bargeld einnehmen und auch die Essenanbieter könnten nur unbar bezahlt werden.

Herr Isermeyer bittet darum, dass man sich dazu mit der Praxisberatung in Verbindung setzt.

Beeskow

Aus der AG gibt es keinen Bericht.

Zu TOP 7 Information zur Situation der Flüchtlinge im Landkreis Oder-Spree

Frau Karkowsky berichtet, dass es ein 140-seitiges Integrationskonzept des Landkreises Oder Spree gäbe. Es bestehe aus den 4 Kapiteln Grundsätze, Integration im LOS, Rahmenbedingungen und Integrationspolitische Handlungsfelder (Unterbringung, Soziale Beratung und Betreuung). Es beschreibe wie Flüchtlingen bei der Integration geholfen werden könne.

Herr Isermeyer informiert, dass dieses Konzept dem Kreistag und einzelnen Ausschüssen zur Verfügung – und zur Diskussion – gestellt werde. Es werde dazu aber keine entsprechende Beschlüsse geben.

Zu TOP 8 Information der Verwaltung

Personelles

- Veränderungen EFB:
 - o Frau Kunert wechselt in die EFB
 - o Verfahren zur Bemessung des grundsätzlichen Stellenbedarfes ist noch nicht abgeschlossen
- Veränderungen im Bereich AV
 - o Frau Wischofski hat ihre Tätigkeit beendet, Herr Pigors ist auf der Stelle
 - o 1 Stelle befristet für ein Jahr ausgeschrieben
- Veränderungen im ASD:
 - o Sozialarbeiterin UMF: 6 temporäre Stellen noch nicht voll besetzt:
 - Gericke, Beyer, Lesiewicz
 - Ab 01.07. vermutlich neue externe Kollegin für ein Jahr
 - Ab Oktober Wechsel von Frau Heide Schulze in den Bereich
 - Zeitweiser Einsatz der JHjgV (Herr Sandke) in dem Bereich – große Probleme bei der Absicherung der Aufgaben dort
 - Ausschreibung für Eisenhüttenstadt (4te Ausschreibung) läuft
 - o Eingliederungshilfe hat Frau Naatz begonnen (für Frau Pfeiffer-Barth)
 - o Verfahren zur Bemessung des Stellenbedarfes im Kern-ASD
 - Bedarf aus Sicht JA: etwa 3,8 VZE
 - Bedarf aus Sicht ORG: knapp 3,0 VZE
 - Übergangslösung: 2 neue Stellen (1,0 Fürstenwalde, 0,5 Eisenhüttenstadt, 0,5 Erkner) werden aktuell ausgeschrieben. Diese werden verbunden mit vorhandenen Teilzeitanteilen.
 - Restlicher Bedarf fließt in aktuelle Stellenplanung ein.
 - Übergang:
 - Übertragung von Aufgaben aus dem PKD in den Bereich (Umfang 0,5 VZE)
 - Reduzierung Standards im Bereich Beteiligung an Familiengerichtlichen Verfahren um etwa 25%: Gerichte werden schriftlich informiert. Austausch erfolgt persönlich.
- Veränderungen im Sachgebiet IV:
 - o Stelle Suchtprävention ist ausgeschrieben. Eine sehr interessante und kompetente Bewerbung.

Zu TOP 9 Sonstiges

Die Diskussion um den Beratungsort solle als Tagesordnungspunkt aufgenommen werden.

Mirjam Zickerow-Grund

Vorsitzende des
Unterausschusses
Jugendhilfeplanung

stellv. Vorsitzender des
Unterausschusses
Jugendhilfeplanung

Schriftführer/in